

„Apartheid in Aktion“: Die Gefahren der neuen israelischen Reisebeschränkungen für das Westjordanland

Michael Arria und Yumna Patel, mondoweiss.net, 03.06.22

Die neuen israelischen Beschränkungen für Palästinenser:innen mit ausländischen Pässen werden von Rechtsexperten verurteilt, während die Regierung Biden wenig tut, um die Rechte von US-Bürgern zu verteidigen.

„Israel setzt auf die Komplizenschaft der internationalen Gemeinschaft, weil sie jahrzehntelang nicht in der Lage war, Verstöße gegen seine rechtlichen Verpflichtungen als Besatzungsmacht zu verhindern“, sagte er weiter.

Die neuen COGAT-Regeln sind Teil der umfassenderen Bemühungen Israels, die besetzten palästinensischen Gebiete zu judaisieren und inaktive und offensichtlich unwirksame internationale Resolutionen eine nach der anderen von innen heraus zu demontieren.“

Wenn ein palästinensischer Amerikaner in das besetzte Westjordanland reisen möchte, um seine Familie zu besuchen, muss er demnächst bei der israelischen Regierung eine Vorabgenehmigung beantragen und die persönlichen Daten der Verwandten, die er zu besuchen beabsichtigt, offenlegen, ebenso wie die Daten von Grundstücken, die sie/er in dem Gebiet besitzt oder erben wird. Selbst dann kann ihnen die Einreise immer noch aus „sachdienlichen Gründen“ verweigert werden, so wie die israelischen Behörden es für richtig halten.

Dies sind nur einige der einschneidenden Beschränkungen, denen Palästinenser:innen mit ausländischem Pass laut einer neuen Verordnung unterworfen werden sollen, die von der *Coordination of Government Activities in the Territories (COGAT)*, die für die Umsetzung der israelischen Politik in den besetzten Gebieten zuständige israelische Regierungsbehörde, veröffentlicht wurde.

Die neuen Vorschriften sollen am 5. Juli in Kraft treten. Die von der COGAT Anfang des Jahres veröffentlichten Einschränkungen sollten ursprünglich am 22. Mai in Kraft treten, wurden jedoch durch eine Petition der Menschenrechtsgruppe *HaMoked* an den Obersten Gerichtshof Israels vorübergehend gestoppt.

Die Neuregelungen der COGAT wurde von Menschenrechtsgruppen und Rechtsexperten heftig kritisiert, da sie das Leben der Palästinenser noch schwieriger machen würden. Das Westjordanland gehört nicht zu Israel, aber Israel kontrolliert seit Jahrzehnten die Einreise in das Gebiet und die Bewegungsfreiheit innerhalb des Gebiets und erlegt der Bevölkerung drakonische Beschränkungen auf.

Das siebenundneunzig Seiten umfassende Regelwerk der COGAT gilt nicht für Personen, die eine der zahlreichen jüdischen Siedlungen im Westjordanland besuchen. In den Richtlinien wird das Gebiet als

„Judäa und Samaria“ bezeichnet, eine biblische Bezeichnung, die von der israelischen Regierung bevorzugt wird.

„Das ist gelebte Apartheid“, kommentierte Ahmed Abofoul, Anwalt der palästinensischen Menschenrechtsorganisation *Al-Haq*, die neue Politik gegenüber Mondoweiss. „Nehmen wir mal an, ein amerikanischer Palästinenser und ein amerikanischer Jude kommen zusammen [ins Westjordanland]. Der Palästinenser würde anders behandelt werden als der Jude“, sagte er.

„Im Grunde genommen entscheidet also ein einziger Militäroffizier für eine ganze Nation, wie die akademische Welt und die akademischen Einrichtungen aussehen werden. Sie entscheiden, welche Fächer die Palästinenser:innen studieren können, welche Professoren:innen kommen und welche Student:innen aus dem Ausland zum Studium kommen dürfen.“

„Das alles ist Teil des Apartheidsystems. Was wir hier sehen, ist repräsentativ dafür, wie Israel seine Apartheidgesetze überall auf Palästinenser:innen anwendet, sowohl in den besetzten Gebieten als auch im Ausland. Israel nimmt Palästinenser ins Visier, nur weil sie Palästinenser sind“.

De-facto-Annexion

Nach Ansicht von Menschenrechtsexperten sind die von der *COGAT* festgelegten neuen Beschränkungen besonders gefährlich, da sie von einer israelischen Souveränität und Gerichtsbarkeit über das gesamte besetzte Westjordanland ausgehen.

Seit Jahren bemüht sich Israel um eine De-jure-Annexion der besetzten Gebiete, stößt dabei aber auf erheblichen politischen Gegenwind. Rechtsgruppen sagen jedoch, dass die Regierung im Westjordanland seit Jahrzehnten eine De-facto-Annexion praktiziert, da Millionen von Palästinenser:innen israelischen Gesetzen und Politiken unterworfen sind, aber nach dem Gesetz keine Rechte genießen.

Durch die Verwendung von Begriffen wie „Judäa und Samaria“ wird versucht, die Grenzen zu verwischen und das besetzte Gebiet als Teil Israels zu behandeln. Und während Israel schon immer die Grenzen zwischen dem Westjordanland und der Außenwelt kontrolliert hat, wird durch den Erlass dieser umfassenden neuen Vorschriften vom Staat formalisiert, was er als seine Souveränität über das Gebiet betrachtet.

„Israel versucht, seine De-facto-Kontrolle über das gesamte palästinensische Land zu bürokratisieren, indem es neue Verfahren der geheimdienstlichen Erfassung einführt, die dazu dienen, die Palästinenser:innen weiter ihres Landes und ihrer Identität zu berauben“, sagte Dr. Osama. Abuirshaid, Geschäftsführer von *Americans for Justice in Palestine Action (AJPA Action)*, gegenüber *Mondoweiss*.

„Die israelischen Behörden wissen, dass sie nach internationalem Recht kein legales Anrecht auf Souveränität über das besetzte palästinensische Gebiet haben und versuchen daher, diese Realität durch subversive Taktiken zu umgehen, indem sie palästinensisches Land als ihr eigenes behandeln.“ „Israel setzt auf die Komplizenschaft der internationalen Gemeinschaft, weil sie jahrzehntelang nicht in der Lage war, Verstöße gegen seine rechtlichen Verpflichtungen als Besatzungsmacht zu verhindern“, sagte er weiter. „Es glaubt, dass dieser neue Rechtsverstoß gegen die Palästinenser nach einem Sturm im Wasserglas vorübergehen wird, ähnlich wie der Sturm, der auf die amerikanische Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt folgte.“

Die neuen *COGAT*-Regeln sind Teil der umfassenderen Bemühungen Israels, die besetzten palästinensischen Gebiete zu judaisieren und inaktive und offensichtlich unwirksame internationale Resolutionen eine nach der anderen von innen heraus zu demontieren.“

Die Regeln

Sind Sie Palästinenser:in mit einem ausländischen Reisepass? Wenn Sie reisen wollen, müssen Sie die Namen und die Personalausweisnummern Ihrer Familie angeben. Planen Sie, in die gleiche Wohnung wie Ihr/e palästinensische/e Partner:in zu ziehen? Sie haben 30 Tage Zeit, um die israelische Regierung zu informieren. Möchten Sie an einer Universität im Westjordanland studieren? Ihre Möglichkeiten sind auf bestimmte Fachrichtungen beschränkt, vorausgesetzt, Israel hat seine eigene Studentenquote noch nicht erfüllt.

Durch die einschränkenden Regeln wird die Zahl der Student:innen und Lehrkräfte, die jährlich an palästinensischen Universitäten studieren und lehren dürfen, nach oben hin auf 150 bzw. 100 und beschränken die Dauer des Aufenthalts von Gastprofessor:innen und Studierenden im Westjordanland.

Die Regeln besagen auch, dass israelische Beamt:innen bestimmen können, welche Fächer die Gastprofessor:innen lehren dürfen und welche nicht. „Sie legen fest, welche Personen studieren dürfen, wer unterrichten darf und wie viele Personen studieren dürfen“, sagte Abofoul. „Und laut den Vorschriften werden diese Entscheidungen zur Zufriedenheit des autorisierten Verantwortlichen von *COGAT* getroffen“.

„Im Grunde genommen entscheidet also ein einziger Militäroffizier für eine ganze Nation, wie die akademische Welt und die akademischen Einrichtungen aussehen werden. Sie entscheiden, welche Fächer die Palästinenser:innen studieren können, welche Professoren:innen kommen und welche Student:innen aus dem Ausland zum Studium kommen dürfen.“

„Es handelt sich um eine sehr gefährliche und eklatante Form der Machtausübung“, sagte Abofoul. Abofoul wies auf die Absurdität, wie er es nannte, einiger Vorschriften hin, darunter eine Vorschrift, die von ausländischen Staatsangehörigen verlangt, der israelischen Regierung jede neue Beziehung zu einem/r Palästinenser/in innerhalb von 30 Tagen zu melden oder aber das Risiko einzugehen, im Falle einer Heirat nicht die Voraussetzungen für den Aufenthaltsstatus zu erfüllen. „Solche Regeln sind sehr unverschämt und übergriffig“, sagte Abofoul. „Es ist lächerlich, dass sie erwarten, dass man innerhalb von 30 Tagen nach Beginn einer Beziehung weiß, was die Zukunft bringen wird.“

Abofoul sagte, wie bei den anderen Einschränkungen gehe es nicht um die Beziehung an sich, sondern um die Kontrolle über das Leben der Palästinenser.

„Es geht darum, die Palästinenser:innen in der Beziehung und die Art ihrer Beziehung ins Visier zu nehmen. Wir haben das schon bei den Verboten der Familienzusammenführung für ausländische Ehepartner von Palästinensern gesehen, aber das hier ist eine ganz neue Stufe“, sagte er.

„Diese Regeln gelten nicht, wenn Sie als Ausländer eine Beziehung mit einem jüdischen Israeli eingehen wollen. Sie müssten diese speziellen Formulare nicht ausfüllen, keine Genehmigungen beantragen und keine zusätzlichen Verfahren durchlaufen.“

Überwachung und Zensur

Seit der Veröffentlichung der neuen Verordnung haben Palästinenser auch ihre Besorgnis darüber ausgedrückt, dass die neuen Verfahren Teil des jüngsten Versuchs der israelischen Regierung sind, die Überwachung ihrer Communities zu beschleunigen.

Israel hat in den letzten Jahren seine Überwachung von Palästinensern verschärft. Im November 2021 berichtete die *Washington Post* über *Blue Wolf*, ein Gesichtserkennungssystem, das mit Hilfe von Smartphone-Technologie Fotos von Palästinenser:innen erfasst und versucht, sie in einer vom israelischen Militär zusammengestellten Datenbank abzugleichen.

Die Regierung wird auch beschuldigt, palästinensische Menschenrechtsaktivist:innen abzuhören und zu *hacken*. „Sie haben nicht nur die Macht, Menschen den Besuch zu verweigern, sondern sie sammeln auch Informationen über sie und diejenigen, die sie besuchen wollen“, sagte Abofoul gegenüber Mondoweiss und warnte vor den unheilvollen Folgen, die sich daraus ergeben könnten, dass Palästinenser ihren Besitz oder ihr Erbe angeben müssen.

Er sagte, dass Menschenrechtsgruppen ernsthaft befürchten, dass die gesammelten Informationen über Landbesitz von der israelischen Regierung in Zukunft dazu verwendet werden könnten, palästinensisches Land in Privatbesitz zu konfiszieren und es in staatliches Land umzuwandeln, um es für Siedlungen oder Militärzonen zu nutzen.

„Die Aufklärung über privaten Besitz und Erbe ist Teil der israelischen Expansions- und Siedlungspolitik“, sagte Abofoul. „Israel hat nicht die Absicht, seine Landkonfiszierung und den Diebstahl von palästinenischem Privateigentum zu stoppen.“

„Nach 1948 wurde der Grund und Boden von Palästinensern, die Eigentum besaßen, aber außer Landes waren, mit Hilfe des Absentee Property Law konfisziert. Auf diesem Land ist Israel entstanden“, sagte er. „Jetzt könnte das Gleiche im Westjordanland passieren“.

Abofoul sagte, die neuen Beschränkungen wirkten sich auch auf den palästinensischen Aktivismus und den Aufbau internationaler Solidarität aus.

„Israel ist sich bewusst, dass Besuche von Ausländern in den besetzten Gebieten die Apartheidpolitik Israels offenlegen, und diese Solidarität mit den Palästinensern hat Auswirkungen für Israel auf der internationalen Bühne, und das wollen sie nicht“, sagte er.

„Mit diesen Vorschriften können sie Personen, die Palästinenser:innen besuchen oder Solidaritätsarbeit im Westjordanland leisten, überwachen und Daten über sie sammeln, die sie in Zukunft nutzen können, um zu verhindern, dass sie zurückkommen und sich an solchen Aktivitäten beteiligen“, so Abofoul.

„Auf diese Weise werden die Palästinenser:innen und ihre Unterstützer in der ganzen Welt zensiert. Es wird schwieriger werden, der Welt zu zeigen, was in Palästina vor sich geht“, fuhr er fort. „Man kann eine Million Jahre lang darüber berichten, was passiert, aber es ist nicht so effektiv, wie wenn man hin geht und es persönlich sieht.“

Reaktion der USA

Als der Sprecher des Außenministeriums, Ned Price, am 2. Mai nach der Haltung der Regierung Biden zu der neuen Politik gefragt wurde, hatte er nur wenig zu sagen. „Wir sind uns der neuen Verfahren für die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern im Westjordanland bewusst, die kürzlich von der israelischen *COGAT* veröffentlicht wurden und die, soweit wir wissen, in Kürze in Kraft treten werden“, erklärte er gegenüber Reportern. „Wir prüfen sie weiterhin. Wir arbeiten mit israelischen Ansprechpartnern zusammen, um Anwendungen und etwaige Auswirkungen zu verstehen.“

Am 27. Mai richteten zwölf Demokraten des Repräsentantenhauses ein Schreiben an Außenminister Antony Blinken, Heimatschutzminister Alejandro Mayorkas und Bildungsminister Miguel Cardona, in dem sie ihre Besorgnis über die möglichen Auswirkungen der neuen Reisebestimmungen auf die akademische Freiheit zum Ausdruck brachten. „Wir sind nach wie vor besorgt darüber, dass die israelische Regierung eine Einreisepolitik verfolgt, die US-Bürger aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer nationalen Herkunft, ihrer Religion und/oder ihres politischen Standpunkts diskriminiert“, heißt es in dem Schreiben, das von dem Abgeordneten Jamaal Bowman (D-NY) verfasst wurde. „Wie auf der Website des Außenministeriums zu lesen ist, sind wir uns bewusst, dass diese Politik unverhältnismäßig starke Auswirkungen auf palästinensische Amerikaner:innen hat, die häufig erniedrigenden und penetranten Kontrollen und Befragungen durch israelische Behörden ausgesetzt sind und denen häufig die Möglichkeit verwehrt wird, ihr angestammtes Heimatland zu besuchen.“

Der Brief von Bowman ist nur ein Beispiel für die wachsende Beunruhigung der Demokraten über Bidens Politik gegenüber Israel und Palästina. Im Mai erhielt die Regierung zwei Schreiben, in denen sie aufgefordert wurde, in den Dörfern von Masafer Yatta im Westjordanland tätig zu werden, wo etwa 1.000 Palästinenser:innen gewaltsam aus ihren Häusern vertrieben werden sollen, um das Land für das israelische Militär nutzbar zu machen. Der gemäßigtere der beiden Briefe wurde von der liberalen zionistischen Gruppe *J Street* unterstützt und erhielt 83 Unterschriften. Das zweite Schreiben wurde von der Kongressabgeordneten Cori Bush (D-MO) angeführt und von 15 progressiven Abgeordneten unterzeichnet. Im Gegensatz zu der Initiative von *J Street* bezeichnet es die Zwangsumsiedlung als „Kriegsverbrechen“ und fordert die Regierung der Vereinigten Staaten auf, Israels Militärhilfe an Bedingungen zu knüpfen.

Biden sieht sich auch dem Druck ausgesetzt, eine unabhängige Untersuchung des Todes der palästinensisch-amerikanischen Journalistin Shireen Abu Akleh einzuleiten, die Anfang Mai von israelischen Streitkräften getötet wurde. Die Abgeordneten Andre Carson (D-IN) und Lou Correa (D-CA) haben kürzlich ein von fast 60 Demokraten des Repräsentantenhauses unterzeichnetes Schreiben verfasst, in dem sie das Außenministerium und das FBI auffordern, aktiv zu werden. „Als Mitglieder des Kongresses sind wir tief besorgt über den Tod von Frau Abu Akleh“, heißt es darin. „Journalist:innen weltweit müssen um jeden Preis geschützt werden.“

Eine der Unterzeichnerinnen, die Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez (D-NY), sprach in einem *Live-Feed* auf *Instagram* auch die Politik der Regierung gegenüber Israel an. „In den Vereinigten Staaten gibt es nicht einmal eine Gesundheitsversorgung. Und wir finanzieren das“, sagte sie den Zuschauern. „Wir müssen eine Grenze ziehen, es muss irgendwann aufhören... es ist schon so lange eine politische No-Go-Zone für alle Parteien, dass man nicht darüber reden darf.“

„Israels schwerwiegende neue Reisebeschränkungen sind eklatant rassistisch und entmenslichend und diskriminieren Reisende mit dem Versuch, ihre kostbare Verbindung zu ihren Familien und ihrem Heimatland zu kappen“, sagte Iman Abid, Direktorin der US-Kampagne für palästinensische Rechte, gegenüber *Mondoweiss*. „Die Kongressmitglieder melden sich zu Wort, und die Regierung Biden muss unverzüglich Maßnahmen ergreifen, um diese übergriffigen und diskriminierenden Beschränkungen zu beenden. Die Palästinenser:innen haben ein Recht darauf, ihr Heimatland zu besuchen und dorthin zurückzukehren.“ Biden wird voraussichtlich noch in diesem Monat Israel besuchen.

Quelle:

<https://mondoweiss.net/2022/06/apartheid-in-action-the-danger-of-israels-new-west-bank-travel-restrictions/>

Übersetzung: R. Häberle, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de